

Analyse

RICHTUNGSWEISENDE WAHLEN

In Ostmitteleuropa gelangten 2010 ausschließlich Mitte-Rechts-Regierungen an die Macht.

In den vergangenen Monaten fanden in mehreren Ländern, die seit 2004 EU-Mitglieder sind, Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen statt. Damit erfolgten wichtige Weichenstellungen für die kommenden Jahre: Besonders hoch in der Gunst der Wähler_innen standen die Parteien, die auf Wirtschaftsliberalismus setzen. In Ungarn und der Slowakei wurden sozialdemokratisch geführte Regierungen abgewählt, in Tschechien verfehlten die Sozialdemokraten die angestrebte und lange erhoffte Regierungsübernahme, in Lettland wurde eine Regierung im Amt bestätigt, die den Haushalt mit einem empfindlichen Sparprogramm stabilisieren möchte. In Polen hingegen wurde ein Staatspräsident gewählt, der zuvor ein wichtiger Funktionsträger der Regierungspartei gewesen war, die sich in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik nach neoliberalen Werten ausrichtet.

Durch diese Wahlergebnisse wurden in diesem Teil der EU die Positionen von Mitte-Rechts-Optionen spürbar gestärkt. Nirgends befinden sich Sozialdemokraten oder politische Kräfte links von der Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung. In Tschechien und der Slowakei sind die Sozialdemokraten allerdings die stärkste politische Kraft im Parlament, sehen sich dort jedoch Mehrparteienkoalitionen gegenüber, die nach den Wahlen das Regierungsgeschäft übernommen haben.

In *Ungarn* hat die rechtskonservative Fidesz unter Viktor Orbán im April einen lange erwarteten Wahlsieg errungen und danach eine Alleinregierung gebildet. Ministerpräsident Orbán will das Land mit einem strikten Sparkurs, der auch Steuersenkungen einschließt, aus der wirtschaftlichen Krise, in die Ungarn 2008 geraten war, herausführen. Zugleich verstärkte er

seine nationale Rhetorik, etwa durch die Ankündigung, allen Ungarn außerhalb Ungarns die ungarische Staatsbürgerschaft zuzuerkennen. Dabei nimmt er Schwierigkeiten im Verhältnis zu den Nachbarländern Slowakei, Rumänien und Serbien in Kauf. Die rechtsextreme Partei Jobbik zog mit einem zweistelligen Stimmenergebnis erstmals ins ungarische Parlament ein. Auf der linken Seite des Parlaments sitzen die deutlich geschrumpften Sozialdemokraten, die über die Hälfte ihrer Wählerstimmen verloren haben, und die ebenfalls erstmals ins Parlament eingezogene Partei „Politik kann anders sein“.

In *Tschechien* wurde lange Zeit damit gerechnet, dass die Sozialdemokraten (ČSSD) nach den Wahlen im Mai ans Regierungsruder zurückkehren würden. Offen schien lediglich, mit wem sie sich die Regierungskoalition teilen würden. Eine Option war die Zusammenarbeit mit den Kommunisten (KSČM), da seit 2008 auf der Ebene der Bezirke die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in zwei Fällen funktioniert.

Nr. 1 / November 2010

Inhalt

Analyse

RICHTUNGSWEISENDE WAHLEN	1
VERTRAUEN IN DEN DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAAT POLEN	3
DIE INSTITUTIONALISIERUNG DER SOZIALDEMOKRATIE IN RUSSLAND	4

Veranstaltungen

Berichte

Der ausgezeichnete Prozess	5
Der Kaukasus - Russlands Grauzone	7
Was ist heute links... in Bulgarien?	9
Privatisierung und Protest in Serbien	11

Ankündigungen

Krise – Protest – Linke	12
Praxis-Philosophie und Korčula-Sommerschule als Erinnerungsort	12
WHAT IS LEFT IN EASTERN EUROPE?	13

Kontakte und Impressum	13
------------------------	----

Zwar wurden die Sozialdemokraten am Wahlabend tatsächlich zur stärksten Partei, doch blieben sie klar unter den eigenen Erwartungen, die bei über 30 Prozent der Wählerstimmen lagen, und konnten zudem keine koalitionsfähige Mehrheit finden. Da auch die Kommunisten mit leicht über 11 Prozent der Wählerstimmen unter den eigenen Erwartungen blieben, verschwand die Vision einer linken Regierungsmehrheit aus Sozialdemokraten und Kommunisten schnell vom Tisch. So kam es nach den Wahlen zur Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung unter Ministerpräsidenten Petr Nečas von den Bürgerlichen (ODS), der dem Land einen drastischen Sparkurs auferlegte. Koalitionspartner sind die erstmals – und dabei gleich mit zweistelligen Ergebnissen – ins Parlament eingezogenen Rechtsliberalen (TOP 09) und die Rechtspopulisten (VV).

Im Juni wurde in der *Slowakei* die bisherige Regierungskoalition aus Sozialdemokraten (Smer), Nationalisten (SN) und gemäßigten Nationalen (HCDS) abgewählt, auch wenn Smer mit dem bisherigen Ministerpräsidenten Robert Fico an der Spitze die mit Abstand stärkste Parlamentspartei bleibt. Sie sieht sich nun einer aus vier Parteien gebildeten Regierungskoalition gegenüber, in der die Koalitionsparteien aus dem Mitte-Rechts-Spektrum jeweils zwischen acht und 16 Prozent der Wählerstimmen bekamen. Mit Iveta Radičová übernahm zum ersten Mal eine Frau das Amt der Ministerpräsidentin der Slowakei. Innenpolitisch setzt die Regierung auf einen strikten Sparkurs, auf Haushaltsdisziplin und Steuersenkungen, außenpolitisch unter anderem auf den Abbau der Spannungen im Verhältnis zum Nachbarn Ungarn, die fast ausschließlich von der unterschiedlichen Sicht auf die Situation der bevölkerungsstarken ungarischen Minderheit in der Slowakei (etwa neun Prozent der Gesamtbevölkerung) herrühren. Die neue Regierung hat anders als die Fico-Regierung signalisiert, dass sie auch in der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft auf bilaterale Verhandlungen setzt. In der slowakischen Regierung sind auch Vertreter der ungarischen Minderheit vertreten, wobei es hier einen wichtigen Wechsel gab. Die bisher dominierende Partei der ungarischen Minderheit SMK ist knapp an der 5-Prozent-Hürde gescheitert. Dafür kam die neue Partei Most-Hid (Brücke) auf Anhieb mit über acht Prozent der Wählerstimmen ins

Parlament. Diese neue Partei unter der ungarischen Minderheit versucht stärker, andere nationale und ethnische Minderheiten, insbesondere Roma, einzubeziehen und zeichnet sich durch eine eher kritische Haltung gegenüber der Fidesz-Regierung in Ungarn aus.

In *Polen* wurde im Juni und Juli (Stichwahl) ein neuer Staatspräsident gewählt, nachdem der bisherige Amtsinhaber Lech Kaczyński im April bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen war. In der Stichwahl setzte sich Bronisław Komorowski durch, der bis dahin als Sejm-Marschall ein wichtiger Führungsmann der bürgerlichen Regierungspartei PO gewesen war. Komorowskis Herausforderer Jarosław Kaczyński von der nationalkonservativen PiS hatte versucht, seinem verunglückten Zwillingbruder in das höchste Staatsamt zu folgen. Sein Wahlergebnis lag deutlich über den sonstigen aktuellen Umfragewerten für die Partei PiS, was für den starken Rückhalt spricht, den nationale konservative Positionen in der Bevölkerung des haben. Allerdings ist es J. Kaczyński nach der Wahl nicht gelungen, auch die Partei PiS auf einem ähnlich hohen Niveau zu stabilisieren. Der Abstand zur wirtschaftsliberalen Konkurrenz von der PO ist in den aktuellen Umfragen nach wie vor deutlich. Nach den beiden Rechtsparteien folgt mit der SLD an dritter Stelle eine sich sozialdemokratisch ausrichtende Kraft. Diese Position wurde auch bei den Präsidentschaftswahlen deutlich, bei denen der SLD-Vorsitzende Grzegorz Napieralski mit knapp 14 Prozent auf einem achtbaren dritten Platz einkam. Durch die Wahl hat sich die Position von Ministerpräsident Donald Tusk und der rechtsliberalen Regierungspartei PO verbessert. Die Tusk-Regierung konzentriert sich nun ganz auf die Parlamentswahlen, die 2011 stattfinden sollen. Sollte die PO dann erneut mit der Regierungsübernahme betraut werden, wäre es in Polen das erste Mal seit 1989, dass einer Regierungspartei die Fortsetzung der Regierungsarbeit gelänge.

In *Lettland* ging im Oktober der Amtsinhaber Valdis Dombrovskis mit seinem gemäßigt-konservativen Bündnis „Einheit“ als Sieger aus den Parlamentswahlen hervor. Damit wurde sein strikter Sparkurs, mit dem er das Land seit 2009 aus der schwierigen wirtschaftlichen und

finanzpolitischen Situation herauszuführen hofft, bestätigt. Zusammen mit dem Bündnis „Bauern und Grüne“ verfügt er über 55 Sitze im 100-köpfigen lettischen Parlament. Das sich vor allem auf den russischsprachigen Bevölkerungsteil stützende „Harmonie“-Zentrum, das sich selbst als sozialdemokratisch versteht, war mit dem Anspruch angetreten, stärkste Kraft im Parlament werden, blieb aber hinter der „Einheit“ zurück und kam auf 29 Sitze im Parlament. Damit ist es die stärkste oppositionelle Kraft.

*Joanna Gwiazdecka,
Leiterin des RLS-Regionalbüros Ostmitteleuropa in
Warschau*

VERTRAUEN IN DEN DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAAT POLEN

Zum „Fall“ Robert Biedroń

Der 11. November ist in Polen der Tag der Nationalen Unabhängigkeit. An diesem Tag gedenken die Polen der Wiederentstehung des polnischen Staates 1918 als II. Republik nach 123 Jahren der Teilung. Auch diesmal gab es den vom National-Radikalen Lager (ONR) und von der Allpolnischen Jugend (MW) – „nationalen“ Kräften vom politisch äußerst rechten Rand – organisierten „Marsch der Unabhängigkeit“ im Zentrum Warschaus. Mehrere linke und antifaschistische Gruppen, die sich im „Bündnis 11. November“ zusammenfanden, hatten zu einer Gegendemonstration unter dem Motto "Der Faschismus wird nicht durchkommen!" aufgerufen. Es ist eine breite Koalition von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen – von Anarchisten bis Feministinnen und jüdischen Organisationen, darunter z.B. der antirassistische Verein „NIE WIEDER“ (NIGDY WIĘCEJ). Die Nationalisten waren dadurch gezwungen, den Marsch umzuleiten.

Die Polizei war mit einem Großaufgebot angerückt, um Zusammenstöße zu verhindern. Dennoch kam es an diesem Tag zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern des Marsches, Gegendemonstranten und der Polizei. Polizeiangaben zufolge wurden 33 Personen festgenommen, darunter Robert Biedroń von der Kampagne gegen Homophobie (KPH).



Robert Biedroń bei der Festnahme durch Polizeibeamte (Bild: www.gazeta.pl)

Der Sprecher der Warschauer Polizei erklärte dazu, Biedroń sei wegen des Verdachts festgenommen worden, einen Polizeibeamten angegriffen zu haben. Darauf stehen im Falle einer Verurteilung bis zu drei Jahren Gefängnis.

Nach Entlassung aus dem Polizeigewahrsam gab Biedroń in der Zentrale der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte eine Pressekonferenz, auf der er die Anschuldigungen gegen ihn „bizarrr“ nannte, sich über die Brutalität des Einsatzes schockiert zeigte und erklärte, dass er selbst von drei Polizisten geschlagen worden sei – auch im Streifenwagen, als er mit Handschellen gefesselt war. Die darauffolgende Nacht habe er im Krankenhaus verbringen müssen. Sein Rechtsanwalt kündigte an, eine Einstellung des Verfahrens gegen seinen Mandanten zu beantragen.

Der Vorfall löste eine Lawine von Kommentaren aus. Die „Allianz der Demokratischen Linken“ verlangte eine Aufklärung der Umstände des Polizeieinsatzes, der Festnahmen und Inhaftierungen. Parlamentsabgeordnete aus den Ausschüssen für Justiz und Menschenrechte sowie Inneres sind umgehend aktiv geworden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau kennt Robert Biedroń und die Kampagne gegen Homophobie aus langjähriger Zusammenarbeit. Sie haben unser Vertrauen und gehören zu unseren engsten Kooperationspartnern in Polen. Biedroń ist mit Kritik an staatlichen Stellen nie zurückhaltend, aber er hat sich stets um ein konstruktives Verhältnis zur Polizei bemüht, ob es um die Verhinderung von Gewalt gegen Schwule und Lesben ging, um die Sensibilisierung für LGBT-Themen oder um das ungestörte Stattfinden des EuroPride in Warschau.

Die Vorwürfe, die im Raum stehen, wiegen schwer. Eine Aufklärung des tatsächlichen Geschehens am 11. November liegt daher im Interesse aller, und dafür gibt es geeignete nationale und europäische Institutionen. Anderenfalls würden nur extreme politische Kräfte profitieren. Polen ist ein demokratischer Rechtsstaat und Mitglied der Europäischen Union, und darauf vertrauen wir.

*Michael Glaß,
RLS Berlin - Referat Ost-, Mittel- und Südosteuropa*

DIE INSTITUTIONALISIERUNG DER SOZIALDEMOKRATIE IN RUSSLAND

Genese der russischen Sozialdemokratie in vier Etappen.

Die Formierung der Sozialdemokratie in Russland ist ein schwieriger und wenig erforschter Prozess, dessen Ursprünge in den frühen neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts liegen. Aus historisch-soziologischer Sicht lässt er sich in vier Etappen gliedern.

Erste Etappe (1991-1993): Die Entstehung erster sozialdemokratischer Parteien.

Die geistige und organisatorische Formierung der Sozialdemokratie begann mit der Perestroika und der damit verbundenen Schwächung der ideologischen und politischen Rolle der KPdSU in der UdSSR. Dabei kristallisierten sich rasch zwei Richtungen heraus. Einerseits etablierte sich innerhalb der KP eine Demokratische Plattform, andererseits entstand Ende der achtziger Jahre eine nichtkommunistische (wenn nicht gar antikommunistische) Sozialdemokratische Partei der Russischen Föderation (SDPR).

Nach dem Zerfall der UdSSR und dem Abtreten der KPdSU von der politischen Bühne gründeten mehrere Anhänger der Demokratischen Plattform unter Führung des damaligen russischen Vizepräsidenten Aleksandr Ruckoj sowie des Duma-Abgeordneten Vassilij Lipickij die Demokratische Partei der Kommunisten Russlands (DPKR). Zwischen diesen sozialdemokratischen Parteien kam es jedoch zu keinerlei Dialog, hielten doch viele Mitglieder der SDPR die DPKR für eine Nachfolgepartei der KPdSU. Die Konfrontation zwischen den Parteien

verstärkte sich insbesondere nach den Ereignissen vom September 1993, in deren Folge sich beide in gegnerischen Lagern wiederfanden. Dies war auch der Grund, warum die Duma-Wahlen 1993 sowohl für die Sozialdemokraten, als auch für die Demokratischen Kommunisten wenig erfolgreich verliefen. Es hatte sich gezeigt, dass in den ersten Jahren des neuen Russlands weder für die post- noch für die antikommunistische Version der Sozialdemokratie ein ideologischer Bedarf bestand.

Zweite Etappe (1993-2000): Die Zersplitterung der linken Kräfte vor dem Hintergrund allgemeiner Parteienpluralität.

Diese Periode war gekennzeichnet durch die Fragmentierung des politischen Raums sowie die zügige und teilweise spontane Gründung neuer Parteien, darunter auch ein knappes Dutzend sozialdemokratisch bzw. sozialistisch orientierter Strukturen. Gleichwohl setzten sich bei den Wahlen 1995 radikalere kommunistische Parteien und Organisationen durch, die sich patriotischer Rhetorik bedienten sowie den Präsidenten und die Regierung offensiv kritisierten.

Im Vorfeld der 1999er Wahlen entstanden weitere Mitte-Links-Parteien und Organisationen. Keiner von ihnen gelang es jedoch, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen, während die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) und deren Verbündete ihre Wählerschaft weiter konsolidieren konnten. Bei den Präsidentschaftswahlen 1996 und 2000 belegte KPRF-Chef Gennadij Sjuganov mit 40,3 bzw. 29,2 Prozent der Stimmen einen stabilen zweiten Platz. Das Elektorat der Mitte-Links-Parteien halbierte sich dagegen von 9,4 auf 4,8 Prozent. Hinzu kam das Fehlen einer sichtbaren Führungsfigur. Dementsprechend wurden die Perspektiven der Sozialdemokratie Anfang 2000 durch die meisten Experten als niederschmetternd eingeschätzt.

Dritte Etappe (2000-2006): Integrationsprojekte sozialistischer und sozialdemokratischer Kräfte.

Im Jahre 2001 verabschiedete die Staatsduma ein Parteiengesetz, das erheblich verschärfte Forderungen bezüglich der Registrierung und Tätigkeit politischer Parteien enthielt.

Entsprechend verringerte sich zwischen 2003 und 2007 die Zahl zugelassener Parteien dramatisch. Gleichzeitig beschleunigte sich der Vereinigungsprozess sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien. Zu einem wirklichen Durchbruch kam es im Sommer 2006 während eines Treffens des damaligen Präsidenten Putin mit den Führern dreier Parteien - Sergej Mironov (Partei des Lebens), Aleksandr Babakov (Rodina/Heimat) und Igor Sotov (Senioren-Partei). Nur wenig später kündigte diese Trojka auf einer Pressekonferenz die Fusion ihrer jeweiligen Organisationen zu einer neuen Mitte-Links-Partei an. Auf ihrem Gründungskongress am 28. Oktober 2006 erhielt diese Partei den Namen *Spravedlivaja Rossija – Rodina, Pensionery, Žizn'* (Gerechtes Russland / Heimat, Senioren, Leben). Zu ihrem Vorsitzenden wurde der Sprecher des Föderationsrates Sergej Mironov gewählt. Das höchste kollektive Führungsorgan der neuen Partei, der Zentralrat, formierte sich paritätisch aus Vertretern aller drei Parteien. Insgesamt waren am Vereinigungsprozess neun politische Organisationen beteiligt, darunter die Sozialistische Einheitspartei Russlands, die Partei zur Unterstützung des Unternehmertums, die Partei der sozialen Gerechtigkeit sowie Die Grünen.

Vierte Etappe (2007 bis heute). Die Etablierung der Partei „Gerechtes Russland“ im politischen Raum als parlamentarische Opposition.

Bei den Parlamentswahlen vom 2. Dezember 2007 erhielten die „Gerechten Russen“ 7,4 Prozent der Stimmen (während die KPRF 11,5% auf sich versammeln konnte). Dies ermöglichte ihnen, eine stabile Fraktion (38 Mandate) in der Staatsduma zu bilden. Laut einer Umfrage des einflussreichen Meinungsforschungsinstitutes WZIAM lag im Januar 2009 die Zahl derjenigen, die sich linken, sozialistischen Ideen verbunden fühlten, bei 18 Prozent, was durchaus dem Stimmenanteil der linken Parteien entsprach. Während sich früher jedoch das linke Elektorat auf mehrere Parteien verteilte, beschränkt sich heute die Wahl im Wesentlichen auf zwei etablierte Parteien: die KPRF und Gerechtes Russland. Die Wahlergebnisse auf föderaler und regionaler Ebene bestätigen die Hypothese, wonach ein Teil des linken Elektorats zwischen beiden Parteien hin und her wandert.

Vor dem Hintergrund einer globalen Schwächung der Rolle von Parteien im politischen Prozess scheint es der Partei Gerechtes Russland gelungen zu sein, ihre Nische im elektoralen Raum zu finden und auszufüllen. Nach der siebzehnjährigen Evolution der russischen Sozialdemokratie hat sich in Russland mit Spravedlivaja Rossija eine Partei etabliert, die nach eigenen Angaben mehr als 430.000 Mitgliedern zählt, in beiden Kammern des russischen Parlaments vertreten ist sowie auf gut 300 Abgeordnete in 67 regionalen gesetzgebenden Versammlungen verweisen kann.

*Natalja Velikaja,
stellv. Direktorin des Instituts Gerechte Welt*, Moskau
Boris Guseletov,
Direktor für internationale Programme des Instituts
Gerechte Welt
Übersetzt von Vladimir Fomenko,
Stellv. Leiter RLS-Büro Moskau*

Dieser Artikel ist eine autorisierte Kurzfassung einer umfassenden Studie, die demnächst in der Zeitschrift *Sociologičeskie Issledovanija* (<http://socis.isras.ru>) erscheinen wird.

* Das Institut Gerechte Welt ist eine 2008 in Moskau gegründete und der Partei *Gerechtes Russland* nahestehende Stiftung zur Förderung der Zivilgesellschaft (<http://spravmir.ru>)

Veranstaltungen

Berichte

Der ausgezeichnete Prozess

Jugendbildungsakademie VostokForum 2010

Auch im Sommer diesen Jahres fand in der Region Murmansk in Nordrussland das nunmehr fünfte VostokForum statt. Es wird veranstaltet von einem internationalen Netzwerk, kristallisiert um die Humanistische Jugendbewegung Murmansk, Projektpartner des RLS-Büros in Moskau, und die AG Russland des Jugendbildungsnetzwerks bei der RLS. Das

VostokForum ist Teil eines sich ständig entwickelnden nachhaltigen Bildungsprozesses. Es ist ein Beispiel für die katalysierende Wirkung politischer Bildung für die Entstehung, das Wachsen und die Profilierung eines handlungsfähigen internationalen politischen Netzwerkes von linken Aktivist_innen. Es steht auch für gemeinsame inhaltliche Auseinandersetzung, Projektorientierung, die kreative Suche nach geeigneten Formen, für die Einheit von emanzipatorischem Anspruch und Methode. Diese Kombination wurde von der Rosa Luxemburg Stiftung mit dem ersten Preis für Politische Bildung „ZusammenWachsen“ zum Thema „Solidarität in der Gesellschaft“ ausgezeichnet.



In diesem Jahr stand das VostokForum unter dem Thema „Freiheit und Sicherheit in unseren Gesellschaften“. Dieses allgemeine Thema wurde von den 30 Teilnehmer_innen aus Serbien, der Russischen Föderation und Deutschland in drei größeren thematischen Workshops aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Ein Bereich des Interesses war, wie sogenannte rechtsextreme Haltungen in die Gesellschaft hineinwirken und Szenarien der Bedrohung bilden. An Fallbeispielen aus Russland, Serbien und Deutschland wurde das Problem Neonazismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen analysiert und Gegenstrategien diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass Phänomene wie rassistische oder antisemitische Ressentiments kein Problem irgendeines imaginierten extremen gesellschaftlichen Randes sind. Sie sind tief in der Mehrheitsgesellschaft verankert und werden permanent reproduziert. Emanzipative Strategien können daher auch nicht an der Behandlung eines Symptoms ansetzen ohne das ordnungspolitische Gesellschaftsmodell mitzudenken. Hier deutet sich ein Problem an, das in einem weiteren Workshop bearbeitet

wurde. Was ist 'Extremismus'? Welche Konzepte der Konstituierung von Gesellschaft werden damit bedient? Der Begriff rekurriert auf ein Ordnungsmodell, das Phänomene wie Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus nicht nur nicht adäquat beschreiben kann, sondern in ihrer Spezifik relativiert. Eine Kritik an diesem Ordnungsmodell sowie die Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden im deutschen und russischen Kontext standen im Zentrum dieses Workshops.

In einem dritten Workshop schließlich wurde mit unterschiedlichen Beiträgen auf den Konstruktionscharakter von Sicherheit und Freiheit hingewiesen. So wird in den westlichen Ländern Migration als Bedrohung des Lebensstandards oder als Untergrabung der kulturellen Werte interpretiert. Die Grenzregime sind die Negation der propagierten Freiheit. Aber auch die Aneignung des öffentlichen Raumes wurde thematisiert als Strategie zur Schaffung einer Gegenöffentlichkeit zum herrschenden Diskurs. Wie lassen sich Methoden der Kommunikationsguerilla oder Graffiti als emanzipatorische Werkzeuge nutzen?

Neben der thematischen Setzung lag ein Schwerpunkt des VostokForums bei der Methodik. Wie lässt sich politische Bildung als ein herrschaftsreduziertes Projekt gestalten? Mit der von Open Space inspirierten Methodik des *Sotvorčestvo* (ungenau zu übersetzen mit KoKreativität / gemeinsames Schöpfer_tum) ist eine neue Qualität der Bildungsprozesse erreicht worden. Nunmehr arbeiteten die Teilnehmenden in selbst organisierten, ihre Ziele und ihren Weg selbst bestimmenden Themengruppen. Für die Auswahl der Gruppen-Methodik stand ein von mehreren Vorbereitungsgruppen in Russland und Deutschland erstelltes Kompendium, die Methoden-Box, zur Verfügung. Tägliche Plena dienten der Beleuchtung der Arbeit der Gruppen und erwiesen sich als wichtiges Diskussionsforum über die Methodik. Die beiden letzten Tage des Forums wurden zur Zusammenführung und Projektentwicklung genutzt.

Sotvorčestvo kann auch als Fortsetzung des Vostok-Prozesses begriffen werden. Die Verwendung alternativer Methodik ist die

Fortführung der Analyse der Bedeutung von Bildung, wie sie im Vorjahr an gleicher Stelle intensiv vorangetrieben worden war. Welche Rolle Bildung innerhalb des Verwertungsprozesses in bürgerlichen Gesellschaften spielt und wie sich Ideen alternativer Bildung jenseits davon entwickeln lassen, waren zentrale Fragen. Sotvorčestvo ist der Versuch der Anwendung der Überlegungen des Vorjahres.

Bildung heißt beim VostokForum immer auch Polittourismus. In diesem Jahr besuchten wir eine alte Apatitfabrik aus Sowjetzeiten in Kirovsk und ein Museum für Zwangsarbeit in der Region. Die ganze Region wurde erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts industriell erschlossen; der Zusammenhang von Industrialisierung und Terror ist überall präsent. Bei einem Treffen mit Mitgliedern von „Memorial“ sprachen wir mit Opfern sowjetischer Zwangsumsiedlungen und Deportationen. Kritik ist niemals nur Kritik am gesellschaftlichen Verhältnis der Gegenwart, sie schließt notwendig eine linke Kritik an Theorie und Praxis des Realsozialismus mit ein.

Kurz nach unserer Rückkehr aus Murmansk erreichte uns eine Nachricht mit dem Hinweis auf die Auslobung des Preises "ZusammenWachsen" anlässlich des 20jährigen Bestehens der RLS. Bei einem Preis zum Thema "Solidarität in der Gesellschaft", der, so die Ausschreibung, ein linkes Bildungsverständnis vertritt, das auf Veränderung des Bestehenden abzielt, Selbstbestimmung und Selbstreflexion fördert und einen internationalen Bezug nahe legt, war sofort klar: eine Bewerbung ist ein Muss! Angesprochen hat uns dabei besonders die Offenheit der Jury für Präsentationsformen über die reine Schriftform hinaus, denn sie spiegelt einen grundlegenden Ansatz unserer Bildungsarbeit, der künstlerischkulturelles Schaffen und politische Bildungsarbeit sowie die Vielfalt der Methoden als eng miteinander verknüpft ansieht. Wir haben uns letztlich dafür entschieden, die Bewerbung in Form einer Website zu verfassen. Sie dokumentiert die Vielschichtigkeit der Inhalte und Methoden der Arbeit in Murmansk in Wort, Bild und Film und ermöglicht es, das Einzelprojekt VostokForum als einen Gesamtprozess darzustellen, mit seiner spezifischen Geschichte und einer aus dieser abgeleiteten Zukunft. Für die Gestaltung dieser

Zukunft stellen der Preis und die damit verbundene Anerkennung der zumeist ehrenamtlichen Arbeit vieler Personen aus der Russischen Föderation, aus Deutschland, der Ukraine und Serbien eine wichtige Bestätigung dar, für die wir herzlich Danke sagen.

*Alexis Kunze & Valerie Waldow,
AG Russland*

Der Kaukasus - Russlands Grauzone

Expertenrunde in Moskau

Der Kaukasus ist noch immer ein Indikator für die Qualität russischer Politik und für deren Fähigkeit, aktuellen politischen Herausforderungen nachzukommen. Die krisenerschütterte Kaukasus-Region avanciert damit auch zu einem wichtigen Prüfstein der Reformpolitik von Medvedev und Putin. Die postsowjetische Erfahrung zeigt: während das Reformwerk im übrigen Russland in der Regel „leise“ scheitert, kommt es im Kaukasus zu einer lautstarken Pleite in offen destruktiver Form. Am 12. Oktober fand in Moskau ein Experten-Rundtisch zum Thema „Die Kaukasus-Region: die Sicherheitslagen Russlands“ statt, zu dem das Moskauer Zentrum für gesellschaftspolitische Studien (ZOPI) zusammen mit dem Moskauer Regionalbüro der RLS einlud.

Alexej Makarkin vom renommierten Zentrum für politische Technologien präsentierte eine Krisenklassifizierung der Probleme des Nordkaukasus, als dessen Mittelpunkt er das *sippengesteuerte* Verwaltungssystem in den Territorien identifizierte. Alle Versuche des föderalen Zentrums, Machtzugänge auf subregionaler Ebene unter diversen Klans auszugleichen, führten zu Konflikten. Befragungen vor Ort hätten ergeben, dass alle gegen Klans und Vetternwirtschaft seien, aber immer zu Gunsten der eigenen Sippe, Anhand zahlreicher Beispiele belegte Makarkin die fehlerhafte Personalpolitik des Kremls im Nordkaukasus. Der neuerliche Weichenwechsel Moskaus – weg von der „Politik des großen Knüppels“ und pauschaler Mitteltransfers für die herrschenden Sippengeflechte hin zu konkreter wirtschaftlicher Stimulierung unter harter Finanzkontrolle – werde zwar allseits begrüßt, doch bleibe unklar, wie das Zustandekommen

breiter Modernisierungscoalitionen vor Ort gefördert werden könne, da außer der in hohem Maße korrumpierten Elitengruppen keine Bausteine dafür vorhanden seien.



„Russland sollte sich entscheiden, wie es die Region stabilisieren und seine Positionen stärken will: durch Veränderung und Reform, also Konfliktlösung, oder durch Stagnation, also Konflikteinfrierung“, so der Politologe Michail Vinogradov. Offen bleibe die Frage, ob die Orientierung auf Wirtschaftsmechanismen auch politische Reformen einschlieÙe, und wenn ja, welche. Er machte auf die Gefahr überhöhter Erwartungen in der Kaukasus-Politik aufmerksam und stimmte Alexej Makarkin darin zu, dass nur eine behutsame Förderung neuer Elemente, auch innerhalb archaischer ziviler Strukturen – einer Art Keimzelle für eine moderne Zivilgesellschaft im Nordkaukasus – dauerhaft Früchte tragen könne. Die Diskussion um eine neue (postsowjetische) nationale Idee verlaufe nach wie vor nur im Rampenlicht von Talkshows in föderalen Medien, während der Islam für das regionale Massenbewusstsein verständlicher bleibe und sozialpolitisch wie kulturell an Terrain gewinne.

Die Administration des neugegründeten nordkaukasischen föderalen Bezirks hatte im Herbst erstmals eine regionale Wirtschaftsstrategie für den Zeitraum bis 2025 präsentiert, die eine Art Roadmap der kaukasischen Modernisierung darstellen sollte. Der Kreml und die Gesellschaft erwarten schnelle Fortschritte durch den Einsatz neuer Kontrollmechanismen bei zentralen Finanz-

förderungs- und Beschäftigungsprogrammen sowie arbeitsplatzschaffenden Strukturprojekten. Eine Rückführung der abgewanderten russischstämmigen Bevölkerung, breite Investitionen in den Tourismus und andere Kernpunkte der neuen Strategie wurden von den Experten widersprüchlich bewertet. Einfache Lösungen führten in eine Sackgasse, lautete der Haupttenor der Diskussion.

Der Kreml sollte im Nordkaukasus den sozialpolitischen Notstand ausrufen, forderte Aleksandr Karavaev vom Informations- und Analysezentrum der Moskauer Universität. Angesichts der hohen Unterbeschäftigung und des depressiven Wirtschafts- und Sozialklimas seien umfassende Steuerferien und billige Kredite notwendig. Eine effiziente Modernisierungspolitik sei nur jenseits gängiger Modelle abstrakter Demokratie möglich. Geltung habe nur die Erfahrung Chinas mit Wirtschaftsboom und massiver öffentlicher Sicherheit, die politische Reform könne auf sich warten lassen. In der weiteren Diskussion verteidigte Karavaev die massive Subventionierungspolitik des föderalen Zentrums für die kriselnde Region, die immer deutlicher auf Widerspruch in anderen Provinzen stößt: „Wenn wir den Kaukasus als russisches Staatsgebiet behalten wollen, dann müssen wir dafür auch blechen“. Das Konzept der Behörden solle den Bürgerinnen und Bürgern aber offen dargelegt werden.

Denga Chalidov, Vizepräsident der Akademie für geopolitische Fragen, lieferte ein radikales Rezept für die Bekämpfung des Terrorismus im Nordkaukasus. In einer Region, in der jeder Haushalt über Schusswaffen verfüge, gelte es, westliche Antiterrortekniken sowie die Nahost-Methodik der Bekämpfung des gewaltbereiten Untergrunds einzusetzen. Allein mit sozialwirtschaftlichen Maßnahmen könne der „Palästinisierung“ des Nordkaukasus nicht begegnet werden. Das Bollwerk gegen die Sezession seien nicht die lokalen Klein-Oligarchen, sondern die ortsansässigen Demokratieinstitute sowie die Massenschicht kleiner Unternehmer.

Die Hitzigkeit der Diskussion wurde von Stanislav Ivanov vom Akademie-Institut IMEMO weiter gesteigert, der die Meinung vertrat, alles Übel

komme aus Moskau. Nach der Souveränitätsparade der 90er Jahre und der darauffolgenden Errichtung einer Machtvertikale dürfe sich niemand darüber wundern, dass der nichterklärte Krieg im Kaukasus wieder entbrannt ist. Das „Projekt Nordkaukasus“ werde nicht stattfinden, solange sich die dortigen Territorien in einem erniedrigenden Zustand befinden. Die Folge sei die Reproduktion parasitärer Eliten auf republikanischer Ebene. Auch die Aushöhlung des Föderalismus im politischen und Haushaltsbereich habe dazu ihren Beitrag geleistet.



Vladimir Grinko, Analyst des Moskauer Militär-Konzerns „Vimpel“, fasste die Quellen gesamtkaukasischer Sicherheitsbedrohungen zusammen: Die postsowjetische Transition habe Voraussetzungen für das Entstehen paralleler Machtorgane und die Entwicklung der Kriminalität sowie mitunter terroristischer Untergrundstrukturen geschaffen. Der Nordkaukasus habe sich zu einer Art Grauzone der Föderation entwickelt und isoliere Russland von seinen südlichen Anrainern. Alle Staaten der Kaukasus-Region seien zwar gleichermaßen mit den Problemen des Transits nach 1991 konfrontiert, doch die südlichen Kaukasus-Staaten hätten mittelfristig den negativen Trend rückgängig machen können, indem sie ein strenges Sicherheitskontrollsystem aufgebaut haben.

Die Situation in Armenien, Georgien und Aserbaidschan sowie die jüngsten Entwicklungen in Südossetien und Abchasien bestimmten den zweiten Teil der Beratungen. Auch der russische Anschluss an die Sanktionen gegen den Iran wurde kontrovers debattiert. Der Iran sei für die USA die Dominante der Kaukasus-Politik, argumentierte Vladimir Evseev vom IMEMO-Institut. Das iranische Regime habe Russland im Georgien-Konflikt 2008 keine Unterstützung gewährt, auch in der Frage der innerkaspischen Grenzziehung gebe es keine Annäherung.

Teheran müsse also künftig als eine politische Belastung für Moskau angesehen werden.

Vladimir Kazimirov, russischer Ex-Unterhändler in der „Minsker Gruppe“ zu Bergkarabach, analysierte die jüngsten Entwicklung rund um diesen eingefrorenen Konflikt: Die verbale Eskalation der Konfliktparteien, Baku und Jerewan, die zunehmende regionale Aufrüstung sowie die spürbare Spannung an den Grenzen der selbsternannten Republik machen eine Neuaufgabe der bewaffneten Auseinandersetzung wahrscheinlich. Sollte es so weit kommen, würde das eine massive Herausforderung für die nationale Sicherheit Russlands bedeuten und seine Beziehungen zu den Armenien und Aserbaidschan sowie zu China und dem Iran aufs Spiel setzen. Das Echo im islamischen Nordkaukasus wäre kaum berechenbar, während die Erosion der ohnehin nach den Ereignissen in Kirgisien angeschlagenen Organisation des Vertrages für kollektive Sicherheit (ODKB) das regionale Kräfteverhältnis tief erschüttern würde.

Den Rundtisch-Teilnehmern wurde eine Experten-Umfrage zum Thema Sicherheitslagen in der Kaukasus-Region präsentiert, die durch ZOPI und RLS in Auftrag gegeben wurde. Die Ergebnisse dieser Studie sind auf der Website des Moskauer Regionalbüros (www.rosalux.ru) einzusehen.

*Aleksandr Karavaev,
Stellv. Direktor des Informations- und Analysezentrams
der Staatl. Universität Moskau, und
Vladimir Fomenko,
Stellv. Leiter RLS-Büro Moskau*

Was ist heute links... in Bulgarien?

Konferenz in Sofia

Hat linke Politik in Bulgarien noch eine Zukunft? Immer mehr Menschen stellen sich diese Frage 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des „Staatssozialismus“ im kleinen südosteuropäischen Land. Seit der Wende wurden hier mehrere neoliberale Wirtschaftsprojekte ausprobiert, teilweise trug die Verantwortung dafür auch die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), die zuletzt 2005 bis 2009 den Ministerpräsidenten einer „großen Koalition“ in Sofia stellte. Heute scheinen die Grenzen zwischen rechter und linker Politik so verwischt zu sein, dass immer mehr Menschen den demokratischen Diskurs verlassen und die Lösung für die gravierenden sozialen Probleme in einem nationalistisch gefärbten Populismus suchen.

Was ist also links, was ist demokratischer Sozialismus in unserem globalisierten 21. Jahrhundert? Diese alte Frage war Gegenstand engagierter Diskussionen auf der Konferenz „Die Linke heute“ am 23. Oktober 2010 in Sofia, organisiert von der bulgarischen Buzludža-Stiftung in Zusammenarbeit mit der RLS. Buzludža ist der Name des historischen Orts im Balkengebirge, an dem 1891 die erste Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei ihre Gründungsveranstaltung abhielt. Die Stiftung, die sich in diese Tradition stellt, strebt eine Wiederbelebung der sozialistischen Bewegung an und steht der Partei „Bulgarische Linke“ nahe, die sich letztes Jahr vom linken Flügel der BSP abgespaltete und für eine neue sozialistische Politik einsteht.

Die Grundlage für die Debatte bildeten Beiträge dreier Vertreter der Partei DIE LINKE – Sevim Dagdelen, Uwe Hirsch und Martin Hantke. Die Bundestagsabgeordnete Dagdelen betonte in ihrem Vortrag, dass die Eigentumsfrage im Mittelpunkt linker Politik stehen müsse. Der ungebremste Kapitalismus zerstöre die Umwelt, schaffe Armut und bedrohe den Frieden auf der Welt. Eine solidarische Gesellschaft, die das Eigentum unter demokratischer Regulierung stellt, sei möglich. Aufgabe der Linken sei es, konkrete Alternativen zum existierenden System zu

artikulieren und Bündnisse mit Gleichgesinnten in verschiedenen Ländern zu schließen. Die Opfer des Systems – die Ausgegrenzten, die Benachteiligten und Entrechteten – müssten für die sozialistische Transformation gewonnen werden.

Hirsch, Mitarbeiter der LINKE-Fraktion im Bundestag und Sprecher des „Marxistischen Forums“, erörterte die Ursachen und die verheerenden Folgen der Finanzkrise. Die Privatisierung der Gewinne durch spekulative Finanzgeschäfte und die Sozialisierung der Verluste sei nicht nur ungerecht, sondern destabilisiere die Wirtschaft insgesamt. Der bisherige neoliberale Entwicklungspfad führe in eine Sackgasse und müsse überwunden werden. Eine linke Politik solle die Ursachen der wirtschaftlichen Fehlentwicklung beseitigen und sich auf breite gesellschaftliche Bündnisse mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften stützen. Eine aktive soziale Politik, Umverteilung der Ressourcen zugunsten der im Niedriglohnsektor Beschäftigten sowie die Stärkung der Arbeitnehmerrechte seien wichtige Grundpfeiler einer linken Politik.



Der Sicherheitsexperte Hantke sprach über die antimilitaristischen Aufgaben der linken Außenpolitik in Deutschland. Das Scheitern westlicher Militärbündnisse – allen voran der NATO –, eine stabilisierende Rolle zu spielen und regionale Konflikte nachhaltig zu lösen, sei offensichtlich. Dies rufe eine neue Sicherheitsarchitektur auf den Plan. Es sei eine Herausforderung für die LINKE, entsprechende alternative Konzepte zu entwickeln.

In einer emotionalen Ansprache sprach sich Ivan Genov, Vorsitzender der Bulgarischen Linken, klar für eine internationalistische und

emanzipatorische linke Politik in Bulgarien aus. Die Linke in Bulgarien, so Genov, sei antirassistisch und antifaschistisch, stelle sich gegen jede Art der Diskriminierung, wolle Gleichheit und Freiheit vereinbaren und allen Menschen gleichen Zugang zu einer bezahlbaren Daseinsvorsorge gewährleisten.

Über hundert Interessenten – Sozialdemokrat_innen, Kommunist_innen, Antifaschist_innen, Grüne und Vertreter_innen der linken Strömung innerhalb der BSP nahmen an der Diskussion teil und betonten die Notwendigkeit, über solche Themen in Zukunft intensiv nachzudenken und mit internationalen Gästen zu debattieren. In Bulgarien sind Begriffe wie „Sozialismus“ fast zu Schimpfwörtern geworden, sie werden aus dem öffentlichen Diskurs ausgeklammert, und eine kritische Auseinandersetzung mit dem vor 20 Jahren gescheiterten System spaltet die Gesellschaft. Eine ausgewogene, sachliche Debatte darüber ist kaum möglich. Vor diesem Hintergrund will die Buzludža-Stiftung einen breiten Diskussionsprozess in Gang bringen und Positionen erarbeiten, die die zersplitterte linke Bewegung in Bulgarien einigen könnten.

*Ivo Georgiev,
Leiter des Referats Ost-, Mittel- und Südosteuropa*

Privatisierung und Protest in Serbien

Seminar der Alternativen Kulturorganisation in Novi Sad

Die Privatisierung von Betrieben ist in Serbien seit Jahren ein innenpolitisches Top-Thema. Der größte Teil der politischen Eliten argumentiert, dass nur durch eine möglichst vollständige Privatisierung der staatlichen Betriebe Modernisierung und Wirtschaftswachstum möglich seien. Weite Teile der Bevölkerung und vor allem der Beschäftigten sehen das ganz anders. Nach Meinungsumfragen befürworten nur knapp 20 Prozent der Bevölkerung eine komplette Privatisierung. Die große Mehrheit steht Privatisierungen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Eine kritische Diskussion der Privatisierung findet aber aufgrund der Dominanz neoliberaler Ideologie in Medien und

Wissenschaft kaum statt.

Die Veranstaltung zu „Privatisierung und Protest in Serbien“ am 20. November in Novi Sad war eine der wenigen Gelegenheiten, alternative Perspektiven zum Thema zu diskutieren. Die Organisator_innen der Alternativen Kulturorganisation (AKO) – eine Partnerorganisation der Rosa Luxemburg Stiftung – hatten Gewerkschafter_innen, Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen eingeladen, die sich mit den Auswirkungen der Privatisierung beschäftigen. Die Präsentationen wurden von gut 50 interessierten Gästen kommentiert und diskutiert. Das Tagesseminar im Museum für moderne Kunst bot einen guten Einblick in verschiedene Facetten der Problematik.

In mehreren Präsentationen wurde deutlich, dass die Privatisierungen in Serbien und der gesamten Region wenig von dem erreichen, was sie angeblich zum Ziel haben. So konnte in den vergangenen Jahren kaum industrielles Wachstum erzeugt werden. Die Arbeitslosigkeit wuchs an. Ausländisches Kapital zeigt sich nicht sonderlich interessiert an Investitionen in Südost Europa. Von nachhaltigem Wachstum und Modernisierung fehlt jede Spur. Stattdessen wachsen die soziale Polarisierung und regionale Disparitäten.

Besonders interessant waren die Präsentationen von Ivan Zlatić von Pokret za slobodu (Bewegung für die Freiheit) und Branislav Markuš von Ravnopravnost (Gleichheit) zu den Themen „Neue Arbeiterbewegung in Serbien“ und den Konflikten um die Arzneimittelfabrik Jugoremedija in Zrenjanin. Zlatić bezeichnete die Protest- und Streikwelle im Jahr 2009 als Wendepunkt in der neueren serbischen Arbeiterbewegung. Er erklärte, dass die meisten Proteste in den Jahren zuvor das Konzept der Privatisierung nicht in Frage gestellt hätten. Die Forderungen der Belegschaften richteten sich vor 2009 vielmehr meist auf eine „ehrliche Privatisierung“, in der auch die Interessen der Arbeitnehmer und nicht nur der Investoren gewährleistet würden. Mit den Protesten von 2009 änderte sich aber die Ausrichtung der Forderungen. Immer mehr würden die

Belegschaften ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen. Dabei komme es zu einer grundsätzlichen Infragestellung des neoliberalen Konzeptes der Privatisierung.

Branislav Markuš illustrierte diese These mit einem Film über die Auseinandersetzungen um das Arzneimittelunternehmen Jugoremedija in der Industriestadt Zrenjanin in der Vojvodina. Die Belegschaft wehrte sich jahrelang gegen die Versuche der Privatisierungsagentur, ein Aktienpaket an einen Investor zu verkaufen, dessen Ziel darin bestand, den Betrieb möglichst profitabel auszuschlachten. Die Belegschaft, die ebenfalls einen Teil der Aktien hält, versuchte dagegen, ihre Arbeitsplätze zu verteidigen. Der Konflikt mündete schließlich in die Neugründung eines Betriebes, der unter Belegschaftskontrolle stehen wird. Reminiszenzen an die Ideen der Arbeiterselbstverwaltung werden wach.

Neben der Diskussion über Privatisierung wurde während des Seminars auch das Thema von Konflikten um das Arbeitsrecht und die Durchsetzung gesetzlicher Standards behandelt. Sašo Karapančev von Dviženje za socijalna pravda „Lenka“ (Bewegung für soziale Gerechtigkeit „Lenka“) aus Skopje stellte eine Studie zur Reform des mazedonischen Arbeitsgesetzbuches vor, die mit Unterstützung der RLS erstellt wurde. Darin wird deutlich, dass sich die Rechtsposition der mazedonischen ArbeitnehmerInnen in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert hat. Die Rechtsanwältin Dejana Ivančević Spasojević von der Aktivistinnengruppe Vodić za štrajk (Anleitung zum Streiken) aus Novi Sad zeigte auf, wie auch gesetzlich garantierte Arbeitnehmerrechte von Unternehmen oft systematisch negiert werden. Sie machte aber auch deutlich, dass Verfahren vor den Arbeitsgerichten in Serbien durchaus ein Weg sind, Rechte durchzusetzen. Allerdings setzt dies eine oft mangelhafte Kenntnis der Arbeitsgesetzgebung voraus.

*Boris Kanzleiter,
Leiter des RLS-Regionalbüros Südosteuropa in Belgrad*

Ankündigungen

Krise – Protest – Linke

RLS Sommerschule für Südosteuropa im Juli 2011 bei Novi Sad, Serbien

In Folge der ersten erfolgreichen Sommerschule im Juli 2010 soll auch nächstes Jahr eine Sommerschule der RLS stattfinden. Der Arbeitstitel lautet „Krise – Protest – Linke“. Auf der Sommerschule sollen am ersten Tag die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie ihre lokalen Spezifika diskutiert werden. Am zweiten Tag sollen die politischen Folgen der Krise – vom Anwachsen sozialer Protestbewegungen bis zur Stärkung nationalpopulistischer Strömungen und der Krise der EU – diskutiert werden. Am dritten Tag stehen die Herausforderungen für die Linke international und in der Region im Vordergrund. Es sollen einerseits Vorträge gehalten werden. Andererseits sollen auch Arbeitsgruppen und Workshops stattfinden. Zielgruppe sind junge linksorientierte Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen aus Südosteuropa.

Praxis-Philosophie und Korčula-Sommerschule als Erinnerungsort

Internationale Konferenz der RLS Südosteuropa, voraussichtlich 13.-16. Oktober 2011 auf Korčula, Kroatien

„Humanistischer Marxismus“ trifft auf „Kritische Theorie“ – so könnte der intellektuelle Austausch beschrieben werden, der zwischen 1963 und 1974 jährlich im August auf der „Korčula-Sommerschule“ stattfand. Herbert Marcuse, Ernst Bloch, Lucien Goldman, Erich Fromm, Jürgen Habermas, Karel Kosík und Zygmunt Bauman sind nur einige der bekannteren Teilnehmer_innen des von der jugoslawischen „Praxis-Gruppe“ organisierten Zusammentreffens kritischer Intellektueller aus Ost und West. Über die Grenzen der Blockkonfrontation des Kalten Krieges hinweg suchten die Teilnehmer_innen nach neuen Wegen der Emanzipation. Im Zentrum der jugoslawischen „Praxis-Philosophie“ stand dabei die Abkehr vom deterministischen Sowjetmarxismus und die Hinwendung zum menschlichen Subjekt als gestaltender Kraft. Die Konferenz im Sommer 2011 hat das Ziel, die (nicht nur) im ehemaligen Jugoslawien aus dem Geschichtsbewusstsein verdrängten Dis-

kussionen zu rekonstruieren und die Korčula-Sommerschule als europäischen Erinnerungsort kenntlich zu machen. Damit sollen Möglichkeiten der Rekonstruktion und erneuten Rezeption einer emanzipatorischen Linken im ehemaligen Jugoslawien eröffnet werden. Die Veranstaltung wird vom RLS-Büro Belgrad zusammen mit dem RLS-Kulturforum und ehemaligen Mitgliedern der Praxis-Gruppe organisiert. Konferenzsprachen sind Serbisch/Kroatisch und Deutsch.

WHAT IS LEFT IN EASTERN EUROPE?

Diese große Frage wird das Referat Ost-, Mittel- und Südosteuropa im Rahmen von Veranstaltungen in Deutschland bearbeiten. Für 2011 sind drei Veranstaltungen geplant, die sich um osteuropäische Arbeitswelten drehen. Über die Osteuropanachrichten-Liste informieren wir zeitnah über diese Veranstaltungen.

Kontakte und Impressum

Berlin

Ivo Georgiev
Leiter des Referats Ost-, Mittel- und Südosteuropa
030 44310-446; georgiev@rosalux.de

Projektkoordination :

Dorit Riethmüller / Südosteuropa
030 44310-414; riethmueller@rosalux.de

Michael Glaß / Ostmitteleuropa
030 44310-439; glass@rosalux.de

Tiina Fahrni / Osteuropa
030 44310-450; fahrni@rosalux.de

Moskau

Peter Linke
Leiter des Regionalbüros Russische Föderation, Zentralasien, Kaukasusregion
+7 495 4360 352; rlsmoskau@rosalux.ru

Warschau

Joanna Gwiazdecka
Leiterin des Regionalbüros Ostmitteleuropa
+48 (22) 5023550; gwiazdecka@rls.pl

Belgrad

Boris Kanzleiter
Leiter des Regionalbüros Südosteuropa
+381-11-3283071; boris.kanzleiter@rosalux.rs

Rosa Luxemburg Stiftung

Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit
Referat Ost-, Mittel- und Südosteuropa
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel: +49 30 44310 450
fahrni@rosalux.de